

PRESSEERKLÄRUNG vom 20.11.2017

Der Sekundarschullehrerverband erteilt dem Reformkonzept der GEW eine klare Absage

Chancengerechtigkeit finden unsere Kinder nicht durch Gleichmacherei in den Schulen. Jedes Kind muss als Einzelperson mit seinen ganz persönlichen Fähigkeiten und Neigungen angenommen und individuell gefördert werden.

„Eine pädagogisch sinnvolle, am Kind orientierte und mit Leistungskomponenten versehene Differenzierung in bewährten Schularten muss zu qualitativ anerkannten Abschlüssen wie dem Hauptschulabschluss, dem Realschulabschluss und dem Abitur führen,“ so der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR), Jürgen Böhm, in seiner Pressemeldung vom 30.11.2016.

In der Pressemeldung der GEW heißt es – „...das traditionelle dreigliedrige Modell aus dem 19. Jahrhundert hat mit der schulpolitischen Realität des 21. Jahrhundert nicht mehr viel zu tun.“

In diesem Punkt gibt die Landesvorsitzende Claudia Diepenbrock der GEW Recht.

Hat nicht am 12.05.2017 auf der Mitteldeutschen Bildungskonferenz in Halle, Veranstalter Sekundarschullehrerverband und Verband Deutscher Realschulen, der Bildungsexperte Dr. Matthias Burchardt, Universität Köln, in seinem exzellenten Vortrag zum Thema „Schule von Luther bis zur Industrie 4.0“ sehr eindrucksvoll dargestellt, welchen Wandel das dreigliedrige Schulsystem bis zur Neuzeit erlebt hat? Wenn die Befürworter der Gemeinschaftsschulen die Sekundarschulen als antiquiert betrachten, dann können damit nicht die Lehrmethoden, sondern die durch die Medien verbreitete Geringschätzung dieser Schulform in der Öffentlichkeit und die zum Teil mangelhafte Ausstattung gemeint sein. Daran ließe sich mit ausreichenden Mitteln einiges ändern.

Die Sekundarschule besuchen auch heute noch die meisten Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt.

„Die jungen Menschen haben das Recht darauf, dass ihnen vielfältige Wege eröffnet werden und die differenzierten Schulabschlüsse mit einer entsprechenden Bildungsqualität hinterlegt sind. Gerade der Realschulabschluss eröffnet den Weg in eine qualitativ anspruchsvolle Berufsausbildung – beispielsweise mit der Karriereperspektive als händierend gesuchte Fachkraft von morgen – bis hin zur Hochschulbildung“. (Pressemitteilung von VDR und SLV vom 12.05.2017)

Dem nachfolgenden Satz im Papier der GEW „Zukunftsfähig ist eine Orientierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung ausschließlich an den Schulstufen statt an den Schulformen“, erklärt die Landesvorsitzende Diepenbrock eine klare Absage.

Durch eine gemeinsame Grundausbildung aller Lehramtsstudierenden verlängert sich möglicherweise das Gesamtstudium. Die künftigen Lehrerinnen und Lehrer sammeln zusätzlichen Ballast an Wissen, der für ihr Berufsziel wenig verwertbar ist. Eine Studentin oder ein Student sollte in diesem Alter bereits einschätzen können, welche Altersgruppe sie/er unterrichten möchte. Stellt sich zu einem späteren Zeitpunkt eine Fehlentscheidung heraus, sind alle Wege auch dann noch gangbar.

„Differenzierte, am einzelnen Heranwachsenden orientierte Wege, eine klare schulartspezifische Ausbildung der Lehrkräfte sowie ausreichend und motiviertes Personal an den Schulen sind die wichtigste Voraussetzung dafür, Qualitätsstandards zu erhalten bzw. wieder zu etablieren. Nur so wird es gelingen, die Herausforderungen einer zunehmend heterogen zusammengesetzten Gesellschaft zu bewältigen, nur so kann das bildungspolitische Ruder wieder herumgerissen werden“, betonte der VDR-Bundesvorsitzende (Pressemitteilung VDR vom 13.10.2017).

Sachsen-Anhalt tut gut daran, nicht „ein totes Pferd zu satteln“, wie es die GEW möchte. Eine vor kurzem erfolgte Umfrage in Thüringen hat ergeben, dass 77 Prozent der Bevölkerung für das gegliederte Schulsystem sind (Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag der CDU-Landtagsfraktion Thüringen)

Selbst unter den Wählern der Linken zeigt sich eine deutliche Mehrheit für den Erhalt des gegliederten Schulsystems (67 Prozent stimmen der Aussage zu, 29 dagegen). Und selbst unter den Anhängern der SPD, die als größte Verfechterin der Thüringer Gemeinschaftsschule gilt, sind 80 Prozent gegen ein Abrücken vom gegliederten Schulsystem.

In Thüringen, sowie auch in weiteren Bundesländern wird die Gemeinschaftsschule in der Praxis als gescheitert bezeichnet. Sie widerspricht der Vielfalt unserer Schülerinnen und Schüler.

Die Landesvorsitzende Diepenbrock fordert:

- 1. Keine Veränderung der bestehenden Schulstrukturen**
- 2. Keine weiteren Genehmigungen für Gemeinschaftsschulen**
- 3. Keine Bevorzugung einzelner Schulformen hinsichtlich personeller und sächlicher Mittel**
- 4. Stärkung der Sekundarschulen in der Öffentlichkeit**
- 5. Keine Veränderungen der Studienbedingungen in der Lehrerbildung**

Claudia Diepenbrock

Landesvorsitzende